11 / 2012 www.sabine-baetzing.de 30.03.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
so, diese Woche neigt sich dem Ende und die Osterpause steht vor der Tür. Gott sei Dank kann man da nur sagen, denn für die Akkus gilt Trapattonis Motto "Flasche leer". Die letzten Wochen und Monate waren aber auch nur heftig- Dauerstreit der Regierung, Hü- und Hott- von schwarz-gelb bei der Finanzkrise, Bundespräsidentenwechsel und letztlich wurde aus einem "wahllosen" auf einmal ein "Superwahljahr"! Nach den für die SPD erfolgreichen OB-Wahlen in Mainz und Frankfurt sowie dem deutlichen -leider nicht ausreichenden- Zugewinn im Saarland freuen wir uns auf eine Fortsetzung der "Siegesserie" in Schleswig-Holstein und NRW und 2013 auch in Niedersachsen. Lasst uns also die Osterpause zum Kraft sammeln nutzen, damit wir gesund und gestärkt in die nächsten Monate starten können. Ich wünsche euch und euren Familien frohe Ostern!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Saarland, Frankfurt, Mainz – Ein guter Sonntag für uns!

Bei den Landtagswahlen im Saarland ist wieder eine schwarz-gelbe Koalition gescheitert. Merkels Macht erodiert von Wahl zu Wahl weiter. Dieses Mal schließt das Scheitern auch die Grünen ein, die den Fehler eines „Jamaika-Bündnisses“ wohl so schnell nicht wieder begehen werden. Wir haben mit Heiko Maas an der Spitze 6 Prozentpunkte hinzugewonnen und werden zum neunten Mal in Folge in eine Landesregierung einziehen.

Leider ist es uns nicht gelungen, stärkste Partei zu werden, was der zu niedrigen Wahlbeteiligung geschuldet ist. Aber wir gehen jetzt klar gestärkt in Koalitionsverhandlungen mit der CDU.

Gewinner sind zweifellos auch die Piraten, die mit vier Abgeordneten in den Landtag einziehen. Verlierer des letzten Sonntags ist neben der FDP, die in der Versenkung verschwindet, und den Grünen, die nur mit Ach und Krach über die Fünf-Prozent-Hürde kommen, vor allem auch die Linkspartei, der insbesondere viele Arbeiter und Arbeitslose den Rücken kehren.

Wir sind bei den Arbeitern und Gewerkschaftern an der Saar ganz klar erste Wahl. Sie suchen keinen, der soziale Gerechtigkeit bloß mit dem Lautsprecherwagen proklamiert, sie wollen eine politische Kraft, die Gerechtigkeit mit Augenmaß, Vernunft und Gestaltungswillen durchsetzen kann.

Eindrucksvoll gewonnen haben wir die Oberbürgermeisterwahlen in Frankfurt am Main und in Mainz – zwei Städte im wirtschaftlich zentralen Rhein-Main-Gebiet, die zusammengenommen noch einmal für fast eine Million Menschen stehen.

Der neue Frankfurter Oberbürgermeister heißt Peter Feldmann. Er bekam in der Stichwahl mehr als 57 Prozent der Stimmen.

Damit endet die Ära von Petra Roth mit einer krachenden Niederlage und mit einem beschämenden Resultat für den hessischen CDU-Innenminister Boris Rhein. Er kann, um hier einmal die Frankfurter Allgemeine Zeitung zu zitieren, „landespolitische Ambitionen an der Biegung des Mains begraben“.

Von der Wahl in der hessischen Metropole geht ein Signal aus: Erstens kann die schwarz-grüne Mehrheit im Römer ihre eigenen Anhänger nicht mobilisieren. Grüne wählen auch gegen die Empfehlung ihrer Parteioberen statt weichgespülten Konservativen lieber eine klar profilierte SPD. Im Saarland und in Hessen ist die Absage an Schwarz-Grün deutlich. Zweitens ist die Richtung angezeigt für die Landtagswahlen in Hessen in anderthalb Jahren. Wir werden unser Stammland Hessen zurückgewinnen. Deutschland erlebt mit Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 6. Mai und in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai eine folgenreiche Auseinandersetzung über die politische Richtung unseres Landes.

Schwarz-Gelb heißt Blockade zentraler Zukunftsentscheidungen:

In der Bildung – keine Aufhebung des Kooperationsverbotes.

Bei der frühkindlichen Förderung – Gefährdung des Kita-Ausbaus und des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige. Stattdessen 2 Milliarden Euro für ein so genanntes Betreuungsgeld, das Kinder von Bildung und Frauen vom Beruf fernhält.

Bei der Energiepolitik – lähmende Handlungsunfähigkeit bei der Steuerung der Energiewende, fehlende Netzinvestitionen, Chaos und Unsicherheit bei der Förderung Erneuerbarer Energien.

Bei Arbeit und Einkommen – Blockade eines gesetzlichen Mindestlohns und des Prinzips ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘.

Wir haben es oft gesagt und es tritt immer deutlicher vor Augen: Schwarz-Gelb ist ein Zukunftsrisiko für Deutschland. Getragen von einer Konjunkturwelle, für die die amtierende Regierung nichts getan hat, verschleppt die Koalition dringend erforderliche Weichenstellungen, damit Deutschlands Stärke Bestand hat. Zu den Feldern des größten Versagens von Union und FDP gehört die Steuerpolitik. Das ist eine trübe Mischung aus Täuschung, Unehrlichkeit, Flickschusterei und sozialer Schieflage.

Sabines Woche Infoservice

Gesundheit

Pflege – Aus der Reform wurde ein Reförmchen!

Gesundheitsminister Bahrs „Pflegereförmchen“ ist und bleibt substanzlos. Trotz umfassender Kritik von Verbänden und Gewerkschaften ist Bahr nicht von seinen ursprünglichen völlig unzulänglichen Plänen abgerückt. In seinem Gesetzentwurf fehlt eine ganzheitliche Sicht auf pflegebedürftige Menschen.

Der dringend benötigte neue Pflegebedürftigkeitsbegriff wird nicht umgesetzt. Es gibt keinen Ansatz für eine langfristige und nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung oder Konzepte für den Ausbau der Pflegeinfrastruktur- und Pflegeberatung.

Ansätze zur Begegnung des Fachkräftemangels in der Pflege sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Reha und Prävention fehlen. Statt dessen begnügt sich Bahr größtenteils mit kleinen oder symbolischen Maßnahmen und führt eine unsinnige private Pflegezusatzversicherung ein, die sich nur Gutverdienende leisten können und in der Menschen mit chronischen Krankheiten gar nicht erst versichert werden.

Die geplante Einführung einer freiwilligen privaten Pflegezusatzversicherung unterstützt allenfalls Wohlhabende. Unsere Bundestagsfraktion hat diese Woche ein umfassendes Positionspapier zur Pflege beschlossen. Das Papier enthält Ansätze für die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, für die Entlastung pflegender Angehöriger, für gute Arbeit und Ausbildung von Pflegefachkräften, den Ausbau der kommunalen Pflegeinfrastruktur sowie für die Verbesserung von Reha und Prävention.

Diese umfangreichen Maßnahmen sollen die Situation Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen deutlich verbessern. Das Papier unserer Fraktion zeigt: für eine Pflegereform braucht man mehr, als nur ein paar punktuelle Maßnahmen, wie sie Bahr jetzt umsetzt. Für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen ist diese schwarz-gelbe Legislaturperiode eine verlorene Zeit.

Arbeit & Soziales

Ministerium gibt es zu – Altersarmut ist weiblich!

4,65 Millionen Frauen üben Minijobs aus, für die sie keine Steuern und Sozialabgaben zahlen müssen. Die Stundenlöhne liegen oft unter dem Existenzminimum. Auch sind sie niedriger als bei Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigten im selben Betrieb. Offensichtlich lässt Ministerin von der Leyen die Frauen im Stich.

Trotz ihrer Ankündigungen die Altersarmut weiter bekämpfen zu wollen, will die sie die Minijob-Grenze von 400 auf 450 Euro erhöhen. Damit verstärkt sie die Ursachen von Altersarmut. Das ist kontraproduktiv. Für Frauen bedeuten Minijobs vor allem eines: noch nicht einmal 140 Euro Rente im Monat. Auch die geplante Zuschussrente führt nicht zum Ziel einer sicheren Altersvorsorge für Geringverdienerinnen und Geringverdiener.

Ohne Mindestlöhne, ohne gleichen Lohn für gleiche Arbeit, ohne mehr Aufstiegschancen für Frauen und ohne bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Altersarmut von Frauen nicht zu überwinden.

Frauen

Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit – Es wird Zeit!

Der Entgeltunterschied zwischen Männern und Frauen liegt konstant bei beschämenden 23 Prozent. Es hat sich in den vergangenen Jahren nichts bewegt für die Frauen in unserem Land.

Dies ist nicht länger hinnehmbar. Wir brauchen endlich gesetzliche Regelungen, damit die Geschlechterdiskriminierung bei den Arbeitsentgelten zukünftig der Vergangenheit angehört. Den sogenannten Gender Pay Gap zu schließen, ist eine Frage der Gerechtigkeit und bezieht sich auf alle beruflichen Ebenen, von der Führungsetage bis zur prekären Beschäftigung.

Insbesondere im Niedriglohnbereich sind Frauen überproportional vertreten, auch mit der Folge von Altersarmut.

Diese Bundesregierung wird jedoch nach wie vor nicht tätig. Sie verschließt die Augen vor der Realität in der Arbeitswelt. Unsere Bundestagsfraktion hingegen handelt.

Wir werden in Kürze einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag einbringen. Die Eckpunkte dazu sind beschlossen. Das Gesetz wird dafür sorgen, dass Unternehmen geschlechtergerechte Entgeltstrukturen schaffen müssen. Nur so lässt sich gleiche Bezahlung bei gleicher und gleichwertiger Arbeit auch effektiv in der Praxis umsetzen. Sollte sich die Regierungskoalition diesem Weg verweigern, wissen die Frauen, was sie davon zu halten haben.

Finanzen

Städte und Gemeinden – Rasche Hilfe ist notwendig!

Die notleidenden Städte und Gemeinden sind dringend auf rasche und dauerhafte Hilfen angewiesen. Daher sollte in der Debatte über die Stärkung der Kommunen nicht zwischen Ost und West aufgerechnet werden. Notwendig sind schnelle Hilfen der Bundesländer für ihre Kommunen zur Erfüllung von Leistungsgesetzen und für dringend erforderliche Investitionen, wie die Sanierungen von Schulen und Straßen.

Die rot-grüne Landesregierung Nordrhein-Westfalens hat beispielsweise mit dem Stärkungspaktgesetz die richtigen Konsequenzen aus der angespannten Situation der Kommunen gezogen. In einer ersten Phase werden seit 2011 34 Städte und Gemeinden bis 2013 mit jährlich 350 Millionen Euro bei der Konsolidierung ihrer Haushalte unterstützt.

Mit der zweiten Phase des Stärkungspakts Stadtfinanzen, wird weiteren Kommunen geholfen. Bis 2020 werden insgesamt 5,85 Milliarden Euro bereitgestellt.

Andererseits hat der Bund mit der Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter einen ersten Schritt unternommen, um die Kommunen bei den seit Jahren steigenden Soziallasten zu unterstützen. Für eine dauerhafte Entlastung und den Abbau des strukturellen Defizits der Kommunen sind jedoch weitere Entlastungen notwendig.

Bonbon

„Spätestens wenn die Kinder fragen, wo bei der Kuh die Butter rauskommt, hilft nur noch eins – Urlaub auf dem Bauernhof.“

(Friedrich Küppersbusch, Journalist)

Termine

Ich mache Ferien mit meiner Familie und freue mich auf eine Zeit ohne Termine. Einfach mal die Seele baumeln lassen und Familie genießen ;)